

**Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: 19.10.2021  
Antragsnr.: 330/2021  
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen  
Zust. Referat: III/11  
mit Referat: II/20/Hr. Rosenzweig

**erlanger linke**  
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 18.10.2021

**Antrag zum Stellenplan 2022: keine Deckelung notwendiger Stellen**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

**Wir beantragen, das Gesamtvolumen für Stellenneuschaffungen gemäß Liste A soweit zu erhöhen, dass alle Anträge auf Liste A beschlossen werden.**

So wie wir die Ausführungen auf Seite 16 und die Tabelle *Stellenplan Liste A* des Haushaltsentwurfs verstehen, ist aktuell eine Summe von 3,1 Mio für Stellenmehrungen vorgesehen. Um alle Stellen auf Liste A zu beschließen, müsste der „Deckel“ auf **8.769.400 € statt auf 3,1 Mio €** festgelegt werden. Sollten wir mit dieser Summe falsch liegen, möge die Verwaltung bis zur Ausschusssitzung die korrekte Zahl nennen.

**Hilfsweise** beantragen wir (bitte einzeln abstimmen), dass die Stellenplananträge aus Liste A für

(1) das **Umweltreferat**, (2) das **Referat für Planen und Bauen**, (3) das **Jugendamt** und (4) die **VHS** ungekürzt und ohne Anrechnung auf den „Deckel“ von 3,1 Mio verabschiedet werden.

**Begründung:**

**Umweltreferat:** Der Stadtrat hat ehrgeizige Programme beschlossen, insbesondere den „Klimaaufbruch“. Solche Programme brauchen Menschen, die sie umsetzen, mit anderen Worten: mehr Stellen, sonst hat der Stadtrat es mit seinen ehrgeizigen Programmen nicht ernst gemeint, sondern Schaufensterpolitik betrieben.

**Referat Planen und Bauen:** Viele beantragte Stellen betreffen die korrekte Erledigung von Pflichtaufgaben. Diese Stellen nicht zu schaffen, ist neoliberal verblendete Pflichtvergessenheit und kann üble Folgen haben, z.B. dass objektiv rechtswidrige Bauanträge wegen Fristablauf als genehmigt gelten (Genehmigungsfiktion). Diese fiktiven Genehmigungen schaffen dann wieder Präzedenzfälle, so dass ganze Bebauungspläne unanwendbar werden können. Es fehlt Personal, um die Sanierung von großen Altbauten (Egglofstein'sches Palais) parallel mit anderen großen Vorhaben abzuwickeln. Auch hat die CSU in den letzten Stellenplanberatungen die bereits gedeckelte Liste der notwendigen Stellenneuschaffungen weiter gekürzt. Daher drohen weitere notwendige Stellen, die zu weit hinten auf der Liste ihres Referates stehen, wieder durchzufallen.

Das Ergebnis sind Überlastung oder Abstriche bei der Aufgabenerledigung. Diese Art zu „sparen“ ist mittelfristig sehr teuer, macht die Stadt als Arbeitgeber nicht attraktiver und gefährdet so das Ziel der strategischen Rekrutierung.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann  
(Stadtrat)

Fabiana Girstenbrei  
(Stadträtin)